



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND  
VERWALTUNG

am Dienstag, 03.05.2016, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Wissenszentrum Energie

**ÖFFENTLICH**

TOP 1                      Besichtigung Wissenszentrum Energie  
                                 - kurze Präsentation des Wissenszentrums und  
                                 des 3D-Druckers  
                                 - mündlicher Bericht zur Digitalisierung

Treffpunkt: Kulturzentrum

---

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung besichtigen das Wissenszentrum Energie und den 3D-Drucker im Kulturzentrum. Im Rahmen dieser Besichtigung berichtet OBM **Spec** anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist, über die Fortschreitung der Digitalisierung in Ludwigsburg.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und kehrt anschließend in den Sitzungssaal des Rathauses zurück, um die Sitzung fortzuführen.

**Beschlussempfehlung:**

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Ludwigsburg- Oßweil am 16.10.2016 anlässlich „1.200 Jahre Oßweil“ wird genehmigt.

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend:     Stadträtin Deetz  
                          Stadträtin Dr. Knoß  
                          Stadtrat Köhle (krank)

## Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage 128/16 und stellt diese gleich zur Abstimmung, weil keine Aussprache gewünscht wird.

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Die in der Anlage 1 aufgeführten Beträge in Summe von 1.721.000 EUR werden als Ermächtigungsüberträge in den Ergebnishaushalt des Jahres 2016 übernommen.
2. Die Übertragung der in Anlage 2 aufgeführten Beträge in Summe von 23.980.300 Euro in den Finanzhaushalt 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Deetz  
Stadtrat Köhle (krank)

J

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage 138/16.

Stadträtin **Kreiser** äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Stadtrat **Dr. Vierling** bemerkt, dass aus den Unterlagen nicht immer deutlich werde, weshalb die aufgeführten Beiträge im Jahr 2015 nicht aufgebraucht wurden. Er bittet um Erklärung.

Stadträtin **Liepins** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion und fragt zugleich, warum der Betrag in Höhe von 1,2 Mio. Euro, der nicht für die Maßnahme Comburgstraße aufgewendet wurde, in der Aufstellung der zu übertragenden Mitteln fehlt.

Stadtrat **Weiss** möchte wissen, wie groß der Betrag für die Maßnahme in der Schlieffenstraße ist.

Stadtrat **Heer** stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Er bemerkt jedoch, dass es sinnvoller wäre, schon bei den Haushaltsberatungen keine Beträge für bestimmte Maßnahmen einzustellen, wenn deutlich werde, dass diese Maßnahmen aus unterschiedlichen Gründen im vorgesehenen Zeitraum nicht durchgeführt werden können.

Bezug nehmend auf die Bemerkungen der Ausschussmitglieder sagt OBM **Spec**, dass anlässlich der Wohnbaulandoffensive und der Gewerbeflächenentwicklung entsprechende Finanzmittel für den Grunderwerb im Haushaltsplan eingestellt wurden. Somit könne die Verwaltung bei entsprechenden Angeboten auch kurzfristig einen Grunderwerbsvertrag abschließen. Bei Baumaßnahmen könne der Mittelübertrag verschiedene Gründe haben. Zum einen können Planungsprozesse länger dauern als erwartet, zum anderen könnte Diskussionsbedarf bei der Bürgerschaft bestehen, was in beiden Fällen eine verzögerte Fertigstellung zur Folge habe würde. Bei der erwähnten Comburgstraße habe man festgestellt, dass es sich um eine nicht

hergestellte Straße handle. Deshalb war die Verwaltung bemüht, mit den betroffenen Grundstückseigentümern zu diskutieren. Man habe auch versucht, innerhalb gewisser Ermessungsspielräume den Grundstückseigentümern entgegen zu kommen.

Herr **Kistler** fügt hinzu, dass jede nicht abgeflossene Baurate nicht automatisch ins Folgejahr übertragen werde. Man prüfe eine mögliche Übertragung immer in Zusammenspiel mit den Baufachbereichen und der vorhandenen Arbeitskapazität. Außerdem existiere das Instrument der gegenseitigen Deckungsfähigkeit, welches eine größtmögliche Flexibilität im Haushaltsvollzug gewähre.

Zur Frage von Stadtrat **Weiss** bezüglich der Schlieffenstraße sagt OBM **Spec**, man befinde sich zwar noch in Gesprächen, gehe aber davon aus, dass der Vertrag noch in diesem Jahr abgeschlossen werden könne.